

Rückblick

12 Jahre IG Medien in Nordrhein-Westfalen

Rede zur Landesbezirkskonferenz der IG Medien NRW
am 12. Mai 2001 in Köln

I.

Wir haben zu dieser Konferenz wieder einen schriftlichen Bericht über die gewerkschaftliche Arbeit in unserem Landesbezirk vorgelegt. Wir dokumentieren damit die letzten drei Jahre einer zwölfjährigen Geschichte der IG Medien in Nordrhein-Westfalen.

Mein Rückblick soll über die letzten drei Jahre hinausgehen. Es bedarf der Erinnerung an Gründe und Ziele des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses.

Wir haben auch einige unserer Mitglieder gefragt. Fachgruppen, Ortsvereine und Bezirke konnten Kolleginnen und Kollegen vorschlagen, die an der Zusammenstellung eines Buches mit "Ansichten zur IG Medien" mitwirken sollten. Das Ergebnis legen wir euch heute Nachmittag vor.

Leider war die Zeit, die den Autorinnen und Autoren von unserer Anfrage bis zur Ablieferung der Manuskripte zur Verfügung stand, außerordentlich kurz. Einige Kolleginnen und Kollegen konnten uns wegen der Kürze der Zeit auch keine Zusage für eine Beteiligung geben. Dafür haben wir Verständnis. Und wir bitten alle Kolleginnen und Kollegen nochmals um Entschuldigung für unser kurzfristiges Ansinnen.

Trotzdem hoffen wir, dass das Buch Eure Aufmerksamkeit und Euer Interesse findet.

Allen Autorinnen und Autoren, allen Kolleginnen und Kollegen, die an der Konzeptentwicklung und Realisierung des Buchprojektes beteiligt waren, möchte ich sehr herzlich danken.

Die Gründung der IG Medien in den 80'er Jahren war die erste größere Reform im Deutschen Gewerkschaftsbund. Ein langer, beschwerlicher Weg war erforderlich, bis im Jahre 1989 die IG Druck und Papier und verschiedene Verbände der Gewerkschaft Kunst gemeinsam die IG Medien, Druck und Papier, Publizistik und Kunst gründen konnten.

Trotz vieler Zweifel, Bedenken, Einwände und Widerstände war die Entscheidung nach meiner Überzeugung unbedingt richtig. Sicherlich hätte man vieles anders und besser machen können, aber politisch war die Entscheidung auf jeden Fall notwendig.

Bedauerlich bleibt bis in die Gegenwart hinein die fehlende Beteiligung des Deutschen Journalisten-Verbandes. Wir haben zwar zumindest in Nordrhein-Westfalen manche Aktion und manche Auseinandersetzung gegen die Verleger gemeinsam bestehen können, aber es wäre sicherlich noch besser gewesen, eine gemeinsame Organisation im Interesse unserer Mitglieder nutzen zu können.

Man muss sich immer wieder klar machen: Gewerkschaftsorganisationen sind Mittel zum Zweck! Das Ziel lautet: Die Interessen der abhängig Beschäftigten und freiberuflich Tätigen optimal zu organisieren und dadurch die Durchsetzungsfähigkeit zu erhöhen! Wenn wir erfolgreich sein wollen, müssen sich alle individuellen und gruppenspezifischen Interessen grundsätzlich diesem Ziel unterordnen! Sonst haben wir gegenüber den wachsenden Begehrlichkeiten und brutalen Methoden unserer Gegner kaum eine Chance!

Unserer Mediengewerkschaft fehlten bislang auch insbesondere die Kolleginnen und Kollegen der Genossenschaft Deutscher Bühnengehöriger (GDBA) und der Deutschen Orchestervereinigung (DOV). Mit der Gründung der ver.di besteht nun die Aussicht, die gewerkschaftliche Zusammenarbeit mindestens durch eine verstärkte Kooperation zu verbessern.

Die ehemalige IG Druck und Papier hatte zum Zeitpunkt der Gründung der IG Medien am 30.6.1989 in Nordrhein-Westfalen 42.205 Mitglieder. Hätte es die IG Medien nicht gegeben, so wären es am 31.12. des vergangenen Jahres wesentlich weniger Mitglieder gewesen. Rationalisierungsmaßnahmen durch den Einsatz neuer Techniken – Digitalisierung und Multimedia sind hier die Stichworte – haben sehr viele Arbeitsplätze vernichtet und sowohl die Druckindustrie als auch die Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitende Industrie kräftig durchgeschüttelt. Enorme strukturelle Veränderungen haben stattgefunden.

Man kann sicherlich feststellen, dass die IG Druck und Papier heute für sich alleine keine Überlebenschance hätte.

Von den Verbänden der ehemaligen Gewerkschaft Kunst wurden etwa 6.200 Mitglieder in die IG Medien im Jahre 1989 eingebracht. Schaut man sich die Mitgliederentwicklung in unseren Fachgruppen Rundfunk/Film/Audiovisuelle Medien, Journalismus, Literatur, Bildende Kunst und Darstellende Kunst in den vergangenen Jahren genauer an, so sind beachtliche Mitgliederzuwächse zu verzeichnen. Aus der alten RFFU, die sich bis zum Zusammenschluss ausschließlich um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk kümmerte, ist eine Fachgruppe entstanden, die inzwischen auch den lokalen Rundfunk, die Kinobetriebe und die zahllosen kleineren und mittleren Film- und Fernsehproduktionsfirmen umfasst. Da bleiben zweifellos noch sehr viele Aufgaben zu bewältigen und verstärkte Aktivitäten zu entwickeln, aber die Mediengewerkschaft ist auf diesem Feld zu einem beachtlichen Faktor geworden, der sich Respekt und Beachtung verschafft hat.

Allein die Tatsache, dass diese IG Medien bundesweit mehr als 22.000 freiberuflich tätige Mitglieder verzeichnen kann, sogenannte Selbständige, davon rund 5.700 Kolleginnen und Kollegen in Nordrhein-Westfalen, ist ein beachtliches Zeichen für gewerkschaftlichen Fortschritt in schwierigen Zeiten. Und ich bin sehr froh, dass Selbständige bzw. Freiberufler auch in der ver.di den Zugang zur Mitgliedschaft haben. Damit unterscheiden wir uns gravierend von konservativen Organisationen wie der IG Metall und der IG Chemie.

Tatsache ist: Die Betriebe sind für die Gewerkschaften immer noch eine sehr wichtige Basis für ihre Arbeit. Aber in der Zukunft wird es in sehr vielen Branchen – ohne dass wir dies verhindern können – eine schnell wachsende Anzahl von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geben, die in die Rolle von selbständig Beschäftigten gezwungen werden. Auch sie brauchen zweifelsfrei gewerkschaftlichen, d.h. solidarischen Schutz!

Die Bilanz der Mitgliederentwicklung in den 12 Jahren IG Medien ist insgesamt negativ – wie auch in allen anderen Landesbezirken und in den anderen Gewerkschaften. Allerdings liegen die Verluste in unserem Landesbezirk mit 18,6% seit 1991 um etwa 10% unter dem Bundesdurchschnitt in unserer Gewerkschaft.

Ende des Jahres 1989 hatten wir in Nordrhein-Westfalen noch insgesamt 80 Ortsvereine. Durch Auflösung und Zusammenschlüsse hatten wir Ende des vergangenen Jahres noch 64 Ortsvereine. Aber nur die Hälfte davon ist schätzungsweise aktiv im Sinne von Versammlungen, Beratungen und Veranstaltungen.

Der in der Regel schwache Besuch der Mitgliederversammlungen in den Ortsvereinen darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass dies kein Maßstab für die Mitgliederakzeptanz einer Gewerkschaft darstellt. Die Attraktivität solcher Versammlungen hat sicherlich etwas mit den Ideen und Initiativen zur Verbesserung der Kommunikation in unserer Mitgliedschaft zu tun. Wer sich nichts einfallen lässt, kann auch keinen Zuspruch der Mitglieder erwarten. Das war übrigens vor Jahrzehnten schon das gleiche.

Aber auch die Kommunikationsformen haben sich stark verändert. Palaver in Zusammenkünften ohne konkrete Inhalte und Ziele stößt bei vielen Kolleginnen und Kollegen auf Ablehnung. Sie wollen konkrete Antworten auf ihre meist persönlichen Fragen; d.h., sie erwarten von uns zuverlässige Informationen und Auskünfte zu den Arbeitsbedingungen und vor allem auch zunehmend zur beruflichen Orientierung.

Dazu werden immer mehr moderne Kommunikationsmittel in Anspruch genommen. Internet, Online-Dienste und telefonische Beratung werden von vielen Mitgliedern erwartet. Diesen Erwartungen müssen wir in Zukunft wesentlich besser entsprechen.

Mit dem Start in die IG Medien vor 12 Jahren war auch eine Neuordnung der Bezirke in Nordrhein-Westfalen verbunden. Die Anzahl der Bezirke wurde von 11 auf 7 reduziert. Nun konnten sich endlich mehrere Bezirkssekretäre am gleichen Standort die Aufgaben teilen und Schwerpunkte bilden.

Aber die Reform war keineswegs vollständig. Teilweise scheiterten die Veränderungen am Widerstand einiger betroffener Ortsvereine. Es fehlte aber auch eine ausreichende Anzahl hauptamtlich tätiger Kolleginnen und Kollegen, die als Bezirkssekretäre eingesetzt werden konnten. So blieb es in drei Bezirken bei einer Besetzung mit lediglich einem Bezirkssekretär, nämlich in Münster, Essen und Wuppertal.

Auch ohne die Gründung der ver.di hätten wir nun unverzüglich die Bezirksreform fortsetzen müssen.

Die Beschäftigten in den Gewerkschaften sind gezwungen, ihre Routinen, die Arbeitsabläufe in unseren Büros und die Schwerpunkte unserer Arbeit ständig zu überprüfen, wenn wir unsere Aufgaben unter veränderten Rahmenbedingungen erfüllen wollen. Dazu gehören neue Ideen, Initiativen und Innovationen. Nur dadurch können wir zukunftsfähig werden.

Ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, allen Beschäftigten unserer IG Medien in Nordrhein-Westfalen für ihr Engagement und ihren oftmals vorbildlichen Einsatz recht herzlich zu danken.

Der Landesbezirk hat in den vergangenen Jahren zumindest den Versuch unternommen, die Informationsarbeit zu verbessern, die Beratungsangebote zu erweitern und eine bessere Kommunikation mit unseren Mitgliedern zu ermöglichen.

Die Beratungsangebote unseres Landesbezirks für freiberuflich tätige Mitglieder haben wir verstärkt.

Informationsquellen für unsere Mitglieder und Funktionsträger waren die in unregelmäßiger Folge erscheinende Zeitung "IG Medien NRW aktuell", der "Freibrief" als Beihefter in der Zeitschrift "M – Menschen machen Medien", die "Nachrichten" als Beihefter zur Zeitschrift für Aktive "Forum" und die seit Februar 1996 in unregelmäßiger Folge erscheinenden "Wirtschafts- und Sozialpolitischen Informationen".

Seit März 1995 kann jedes Mitglied in dringenden Fällen über eine Hotline telefonische Auskünfte zum Ortstarif erhalten.

Wir haben in einer Edition verschiedene Broschüren herausgegeben zur gewerkschaftlichen Basisarbeit, zu den Medienberufen, zur Kultur- und Kommunalpolitik und einiges mehr.

Wir haben aber vor allen Dingen auch in die Qualifikation der Beschäftigten investiert. Viele Mitgliedsbeiträge hat unser Landesbezirk in den

letzten fünf Jahren für Maßnahmen zur Qualifizierung der 32 Verwaltungsangestellten und 17 politischen Funktionäre aufgewendet. Hinzu kamen Angebote, die vom Hauptvorstand finanziert wurden.

Ich hoffe, unsere Mitglieder und solche, die es werden wollten, haben das positiv wahrgenommen.

Wir haben in zahllosen Diskussionen im Kreis der Hauptamtlichen Zuständigkeiten geklärt, Schwerpunkte verabredet, Vertretungsregelungen besprochen und die Koordination unserer Arbeit beschlossen.

Trotzdem habe ich Zweifel, ob wir im sogenannten Apparat so fit sind, wie wir sein müssten!

In den Personalgesprächen, die ich in den letzten Monaten mit unseren Verwaltungsangestellten geführt habe, konnte ich feststellen, dass zumindest bei einigen Kolleginnen die vorhandenen Qualifikationen und Kreativpotentiale nicht genutzt werden. Das mag auch an mangelhafter Arbeitsorganisation und unzureichender Kommunikation in unseren Büros liegen. Wir sollten jedenfalls beim Aufbau unserer neuen Organisation genauer darauf achten, dass wir die Kenntnisse und Fähigkeiten unserer Kolleginnen und Kollegen besser einsetzen und fördern, als das bislang oftmals der Fall war.

II.

Die politische Arbeit der IG Medien in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen 12 Jahren hat Höhen und Tiefen erlebt.

In der Kulturpolitik haben wir an Einfluss gewonnen. Die Fachgruppenvorstände und der Ausschuss Kulturpolitik auf Landesebene haben durch ihre Aktivitäten die Grundlagen für kulturpolitische Konzepte geschaffen. Wir haben uns bei vielen Gelegenheiten für die finanzielle Sicherung der Musikschulen ebenso eingesetzt wie für ein verbessertes System der Theater-Förderung. Wir haben von den Politikern und ihren Parteien eine stärkere Unterstützung für Autorinnen und Autoren und für die bildenden Künstler eingefordert. Auf den mehrtägigen Kulturtagen in Hörste wurden jedenfalls die Ideen und Initiativen der Fachgruppenvorstände mit Politikern und Experten diskutiert.

Grundlage aller unserer Überlegungen ist die Forderung, mindestens 10% der öffentlichen Haushalte in den Kunst- und Kulturbereich zu investieren.

Ein erster und wesentlicher Schritt im Rahmen der Demokratisierung der Kunst- und Kulturförderung könnte die Einrichtung von Kulturbüros zumindest in größeren Städten sein. Dabei ist es notwendig, diese Einrichtungen unabhängig von den jeweiligen Kulturämtern zu machen. Als gemeinsame Träger kämen neben den Städten und dem Land auch

die Gewerkschaften sowie Künstlerverbände und Kooperativen in Frage.

Aufgabe der Kulturbüros könnte eine Überwachung der Mittelvergabe sowie eine große Anzahl von Serviceleistungen für alle Künstlerinnen und Künstler sein. Diese reichen von einer Übersicht vorhandener Förderungsmöglichkeiten auf kommunaler- und Landesebene über Beratung in Vertragsangelegenheiten und Sozialfragen bis hin zur Vermittlung zwischen Ämtern und Künstlern.

Beteiligt ist die IG Medien in Nordrhein-Westfalen auch am neugegründeten Kulturrat, einer Vereinigung von über 80 Institutionen bzw. Organisationen aus allen kulturellen Bereichen. Die innovative und gleichzeitig praxisbezogene Kulturpolitik unserer Gewerkschaft hat die Arbeit des landesweit aktiven Gremiums nicht unwesentlich gefördert. Der Kulturrat NRW ist inzwischen auch ein wichtiges Beratungsgremium für die Landespolitik.

Wir hatten in der Vergangenheit zahlreiche Veranlassungen, uns in medienpolitischen Fragen zu Wort zu melden. Schon in der Gründungsphase der IG Medien haben wir uns 1986 laut und vernehmlich in die Beratungen des Landtages über ein Rundfunkgesetz eingemischt. Wir konnten zwar nicht verhindern, dass das sogenannte "Zwei-Säulen-Modell" für den lokalen Rundfunk die besonderen Interessen der Zeitungsverleger berücksichtigt. Aber seitdem haben wir engagiert für die Interessen der Hörerinnen und Hörer und der Beschäftigten des lokalen Rundfunks gestritten. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sind beteiligt an den Beratungen und Entscheidungen in den Lokalfunkredaktionen, in den Veranstaltergemeinschaften und in der Landesrundfunkkommission.

Mit Streikmaßnahmen mussten wir erstmals Tarifverträge für den Lokalfunk erkämpfen. Der längste Journalistenstreik Deutschlands war erforderlich, um die Zeitungsverleger zum Tarifabschluss zu zwingen.

Die IG Medien machte in den 90er Jahren deutlich, dass die Arbeitsbedingungen und Tarifrrechte für die Beschäftigten im kommerziellen Rundfunk genauso wichtig sind wie die für die Beschäftigten im öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Mit dem erfolgreichen Kino-Projekt, das im Frühjahr 1996 von verschiedenen Landesbezirken entwickelt wurde, haben wir in einem weiteren Bereich Fortschritte erzielt. Die Mitgliederzuwächse sind beachtlich und der großartige Tariferfolg am Ende des vergangenen Jahres ist für alle betroffenen Kolleginnen und Kollegen eine große Ermutigung.

Die erfolgreiche Tarifarbeit für die Beschäftigten in den Kinos zeigt im Übrigen auch, dass junge Menschen in die Gewerkschaften kommen und für ihre Rechte kämpfen wollen, wenn die gewerkschaftlichen Angebote stimmen. Die Beschäftigten in den Kinobetrieben, oftmals Studentinnen und Studenten, sind überwiegend 20 bis 30 Jahre alt. Die

Streikaktionen im vergangenen Jahr waren übrigens mit Hilfe des Internets organisiert.

Unsere Gewerkschaft hat sich auch am nordrhein-westfälischen "Medienforum" beteiligt und oftmals zu aktuellen medienpolitischen Entwicklungen Position bezogen.

Was uns besorgt, ist vor allem die Kommerzialisierung des Fernsehens und des damit einhergehenden Kampfes um Einschaltquoten sowie die wachsende Konzentration von Medienmacht. Hinzu kommen die Gefahren, die durch Programme und Medienberichterstattung für die politischen Verhältnisse in unserem Land entstehen.

Es geht immer weniger um Ursachen, Inhalte und Ziele politischen Handelns und um Aufklärung, sondern immer mehr um die Suche nach dem Sensationellen, dem Spektakulären. Politik wird immer häufiger mit Unterhaltung verwechselt

Eine Verflachung und Verengung der Berichterstattung beklagt u.a. die Kollegin Sonia Mikich, Fernsehkorrespondentin und Leiterin des ARD-Studios in Paris. Unter dem Druck von Quoten und Auflagen schreite der Anspruchsverlust insbesondere bei Auslandsnachrichten voran, sagte sie am 9. März in Berlin bei der Festveranstaltung zum 50-jährigen Bestehen der Evangelischen Medienakademie.

Zitat: "Wir Journalisten sind mehr und mehr zu Teilhabern der politischen Elite geworden und reichen Informationen nach unten weiter. Konform zu sein mit dieser Elite führt zu Privilegien und Prestige. Dissidenten und Kritiker spüren dagegen irgendwann die gläserne Decke. Querdenker werden in Sonntagsreden gerühmt, aber nicht wirklich gewollt. Was sich Journalisten regelmäßig fragen sollten: Wer möchte, dass ich das glaube und warum? Es gibt viele Wahrheiten. Meine Idealvorstellung vom Journalisten: Ein Detektiv, ein Zeuge, ein Humanist. Rudyard Kipling hat einmal gesagt: Journalisten haben Macht ohne Verantwortung – zu allen Zeiten ist dies das Kennzeichen der Huren."

Ende des Zitats.

Auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk steht in der Gefahr, sich immer weiter von seinem Auftrag und seinem Anspruch zu entfernen. Immer häufiger entscheidet die Quote und nicht mehr die Qualität des Programms. Als Beispiel wiederhole ich unsere aktuelle Kritik an Programmteilen des WDR-Studios Köln. Politik und Kultur werden vom Bild-Zeitungs-Niveau oft genug verdrängt.

Die Programmverantwortlichen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk müssen wissen: die quotenorientierte Anpassung an die kommerziellen Fernsehprogramme bedroht die Zukunft von ARD und ZDF. Die Gewerkschaften werden sich bei dieser Entwicklung nicht mehr in

jedem Falle schützend vor den öffentlich-rechtlichen Rundfunk stellen können.

Die Gewerkschaften als Interessenvertreter der Beschäftigten in den Medienbetrieben sind genau genommen in einer schwierigen Situation. Sie wollen die Beschäftigten schützen und müssen in vielen Fällen ihre Arbeitsergebnisse gleichzeitig kritisieren. Wenn wir diesen Konflikt bewältigen wollen, müssen wir Journalismus präziser definieren. Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt können nur entwickelt und gesichert werden, wenn die Unabhängigkeit und Qualifizierung von Journalistinnen und Journalisten Vorrang haben vor parteipolitischer Einflussnahme und kommerziellen Interessen. Dazu bleibt nur noch wenig Zeit!

Politische Inhalte und Ziele müssen auch unsere gewerkschaftliche Bildungsarbeit bestimmen! Es muss deutlich werden, welche gewerkschaftlichen Konzepte zur Bewältigung individueller, betrieblicher und gesellschaftlicher Probleme umgesetzt werden müssen. Ist uns wirklich allen klar, was wir gemeinsam erreichen wollen?

Die gewerkschaftliche Bildungsarbeit sollte eigentlich einen wesentlichen Beitrag zur Standort- und Zukunftsbestimmung der Gewerkschaften leisten! Dazu wäre eine gründlich diskutierte Bildungskonzeption erforderlich. Ich kann mich noch gut an die heftigen und langjährigen Debatten in der IG Druck und Papier erinnern bis wir uns schließlich auf eine klar definierte Bildungskonzeption verständigt hatten.

Wir hatten uns verabschiedet von der Beschränkung auf sogenannte Zweckbildung, also Erläuterungen von Gesetzen und Tarifverträgen und ihre Nutzungsmöglichkeiten. Es ging vielmehr um die konkrete Auseinandersetzung mit den sozialen, politischen, betrieblichen Verhältnissen und um die Bekämpfung der Ursachen ihrer Entstehung. Gewerkschaftliche Bildungsarbeit sollte Motor für gewerkschaftliche Bewegung sein.

Ich habe oft bedauert, dass nach dem Ausscheiden unseres ehemaligen Schulungsleiters Rudi Herbig unsere große und teure Bildungsstätte in Springen nie mehr diese notwendige Motorenfunktion erreicht hat.

Auch die Bildungsangebote in unserem Landesbezirk sind unzureichend. Die Angebote sind spärlich und die Inhalte werden von unserem Teamer-Arbeitskreis oder vom jeweiligen Referenten bestimmt.

So wird es in ver.di dringend erforderlich sein, nicht nur Bildungsmaßnahmen zu organisieren, sondern zuvor zu klären, wen und was wir mit unseren Angeboten eigentlich erreichen wollen!

Es fehlte aber nicht nur eine Konzeption für unsere Bildungsarbeit. Auch die gewerkschaftliche Betriebsarbeit und insbesondere die Arbeit der gewerkschaftlichen Vertrauensleute sind von vielen Zufälligkeiten und aktuellen Tagesereignissen abhängig. Eine systematische und kontinuierliche Entwicklung wurde vernachlässigt.

Meine Kritik an fehlenden Konzeptionen und inhaltlichen Zielbestimmungen muss ich allerdings auch auf den Entwicklungsprozess ver.di richten. Seit Jahren diskutieren wir über die künftigen Strukturen, über Zuständigkeiten, Gremien, Finanzierung und Personalausstattung – aber welche politischen Ziele wir mit der neuen, großen, gemeinsamen Organisation erreichen wollen, ist nicht so ganz klar. Beispiel: Bündnis für Arbeit. Wollen wir nun gemeinsam den Ausstieg und haben wir klare Positionsbestimmungen in der Auseinandersetzung mit der amtierenden Bundesregierung? Ich werde später darauf zurückkommen.

Nach der Gründung der IG Medien vor 12 Jahren haben wir uns recht bald erneut mit dem Thema gewerkschaftliche Reformen auseinandergesetzt. Mitgliederverluste und der Zwang zum Sparen haben die Diskussionen über notwendige Neustrukturierungen der gewerkschaftlichen Interessenvertretung drastisch verstärkt. Da gab es die Tiger-Kooperative, den Dreier-Verbund, die Debatten über die Reform der IG Medien und schließlich die Entwicklung zur ver.di.

Wir waren in den vergangenen Jahren wirklich reichlich mit uns selbst beschäftigt. Das muss nun endlich ein Ende haben!

III.

Wir müssen uns wieder umfassend und konsequent mit der Politik unserer Gegner auseinandersetzen.

In der Tarifpolitik sind wir bereits gewaltig in die Defensive geraten. Die tariflichen Normen zum Schutz der abhängig Beschäftigten, die in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten von Gewerkschaftsmitgliedern erkämpft wurden, werden von den Unternehmern und ihren Hilfstruppen in den Betrieben und in der Öffentlichkeit zunehmend aggressiver und beharrlicher angegriffen. Eine wachsende Anzahl von Belegschaften wird mit dem drohenden Verlust von Arbeitsplätzen zu Verzicht auf ihre Rechte erpresst.

Die aktiven Kolleginnen und Kollegen, die in den Betrieben mit großem Engagement erfolgreich die Tarifrrechte verteidigen, sind zunehmend enttäuscht von der Machtlosigkeit ihrer Gewerkschaft, die Durchsetzung der Flächentarifverträge auch in den anderen konkurrierenden Betrieben zu gewährleisten.

In vielen Fällen haben Betriebe aber auch objektiv wirtschaftliche Schwierigkeiten, sich im Wettbewerb zu behaupten. Vor allem in der

Druckindustrie und hier besonders in der Druckvorstufe sind durch wachsende Produktivität große Überkapazitäten entstanden. Erhebliche Preisnachlässe für die Kunden verschärfen den Wettbewerb und fördern Rationalisierung und Konkurse.

Wenn es um die Erhaltung von Arbeitsplätzen geht, können betriebliche Lösungen mit vorübergehend abweichenden Regelungen von den Normen des Flächentarifvertrages sinnvoll sein. Wir haben als Landesbezirk in der Vergangenheit eine sogenannte Notfall-Konzeption zur Sicherung von Arbeitsplätzen entwickelt, die im Rahmen überzeugender Sanierungskonzepte geholfen hat, den Fortbestand des Betriebes zu sichern.

Aber in fast allen Fällen, wo wir mit Hilfe externer Gutachter die Ursachen für den Verlust an Wettbewerbsfähigkeit ermitteln konnten, stellte sich heraus, dass unqualifizierte und oftmals völlig unfähige Manager, Geschäftsführer und Unternehmer das Desaster verursacht hatten. Es ist in der Tat unbeschreiblich, was wir in vielen Einzelfällen in dieser Hinsicht erleben mussten.

Die Mitbestimmung der Beschäftigten und ihrer Betriebsräte müsste nach unseren Erfahrungen zur Pflicht für jedes Unternehmen, auch für jeden Konzern, gemacht werden, damit der Schutz vor unternehmerischer Unfähigkeit und Dummheit erhöht wird!

Wir mussten allerdings auch in zahlreichen Fällen erleben, wie sich Belegschaften und Betriebsräte den Forderungen ihrer Geschäftsleitung gebeugt haben. Mir ist kein einziger Fall bekannt, wo diese Anpassung an Unternehmerdiktate zur Rettung von Arbeitsplätzen geführt hätte! Und deshalb nochmals mit aller Klarheit: Verzichte auf Tarifrrechte retten keine Arbeitsplätze!

Für die Beschäftigten in über 80 Betrieben in Nordrhein-Westfalen haben wir Firmentarifverträge abgeschlossen. In der Regel handelt es sich um Tarifvereinbarungen, die die Anwendung der jeweils gültigen Verbandstarifverträge sicherstellen. Da immer mehr Firmen den zuständigen Arbeitgeberverband verlassen, wird es noch öfter notwendig sein, die Tarifbindung für die Zukunft durch den Abschluss von Firmentarifverträgen zu sichern. In den meisten Fällen gelingt das aber nur mit aktiver Unterstützung der betroffenen Belegschaft.

Unsere tarifpolitischen Initiativen werden sich in Gegenwart und Zukunft verstärkt auf Qualifizierungsaktivitäten richten müssen. Viele Branchen befinden sich bekanntlich in einem Prozess grundlegender Veränderungen. Die fachlichen Anforderungen an die Beschäftigten sind erheblich gestiegen. Die Bereitschaft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur beruflichen Fortbildung ist unverzichtbar geworden.

Die Betriebsräte müssen ihre gesetzlichen und tariflichen Möglichkeiten zur Förderung betrieblicher Qualifizierungsmaßnahmen ausschöpfen und erweitern. Dazu gehören insbesondere die Ermittlung des Qualifi-

zierungsbedarfs in der Belegschaft und eine rechtzeitige Einflussnahme auf die Planungen der Geschäftsleitung im Investitionsbereich.

Bei allen Innovationen sind die Qualifizierungsmaßnahmen für die Beschäftigten die wichtigste Investition. Wer sich dafür nicht rechtzeitig engagiert einsetzt, ist nach meiner Überzeugung zum Untergang verurteilt. In erfolgreichen Betrieben haben die Qualifizierung der Beschäftigten und des Managements allererste Priorität.

Bereits im Jahre 1990 hat die IG Medien für die Druckindustrie und für die Verlage von Tageszeitungen in Nordrhein-Westfalen einen "Tarifvertrag zur Förderung der Fortbildung und Umschulung" abgeschlossen. Leider wird diese Basis für dringend erforderliche Qualifizierungsmaßnahmen in den meisten Betrieben nicht genutzt.

Den Betriebsräten fehlt ein gesetzlich verankertes Initiativrecht. Die Mitbestimmung beginnt erst dann, wenn die Geschäftsleitung sich zur Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen entschieden hat.

IV.

Die eingeleitete Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes erfüllt unsere Erwartungen keinesfalls. Die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte müssten zukünftig auch auf Felder wie Beschäftigungssicherung, Arbeitsorganisation, Weiterbildung und Umweltschutz erweitert werden! Damit Betriebsräte nicht länger hilflos zuschauen müssen, wenn Arbeitsplätze abgebaut werden.

Durch Ausgliederungen oder sonstige Unternehmensänderungen dürfen keine mitbestimmungsfreien Räume entstehen!

Und der Tendenzschutz muss weg! Es gibt überhaupt keinen Grund für eingeschränkte Betriebsverfassungsrechte in Zeitungsbetrieben. Nirgendwo in Europa gibt es solche Sonderregelungen für Verleger.

Insbesondere Zeitungsverleger versuchen immer wieder die Rechte von Betriebsräten durch Berufung auf den Tendenzschutz abzuwehren. Gleichzeitig verweigern sie aber Redaktionsstatute zur Sicherung der inneren Pressefreiheit in den Verlagen, die eine unabhängige Berichterstattung und eine freie Meinungsäußerung der Redakteurinnen und Redakteure sichern würden.

Die lärmenden Proteste der Unternehmer und ihrer wissenschaftlichen und publizistischen Hilfstruppen gegen die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes zeigen wieder einmal mit aller Deutlichkeit mit welcher Dreistigkeit und Rigorosität Profitinteressen über alles gestellt werden!

V.

Gestattet mir zum Abschluss noch einige persönliche Gedanken zur politischen Entwicklung.

Was hat sich eigentlich in den vergangenen Jahrzehnten in dieser Gesellschaft verändert?

Tatsache ist: die Massenarbeitslosigkeit ist in unserem Land und in Europa dramatisch angestiegen!

Arbeitslosigkeit ist das größte Risiko für wachsende Armut. Das macht auch der aktuelle Bericht der Bundesregierung über Armut und Reichtum in Deutschland klar. Besonders erschreckend ist vor allem die wachsende Kinderarmut in unserem Land.

Ein Zehntel der westdeutschen Haushalte verfügt über 42 Prozent des Privatvermögens, während sich 50 Prozent der Bundesbürger mit einem Anteil von 4,5 Prozent begnügen müssen.

Am stärksten vom Armutsrisiko bedroht sind allein erziehende Frauen und kinderreiche Familien.

Die Konzentration der Vermögen hat weiter zugenommen!

Bei der Präsentation des ersten "Armuts- und Reichtumsberichts" in Berlin wusste der Arbeitsminister, unser ehemaliger Kollege Walter Riester, keine Antwort auf die Frage, wie denn die Bundesregierung diese ungleiche Vermögensverteilung bewertet und was denn gegen die wachsende Kluft zwischen Reichtum und Armut getan werden könne!

In dieser Situation frage ich mich immer wieder:

Wo sind unser Protest, unser Widerstand, unsere Aktionen und Kampagnen gegen die ungleiche Verteilung von Vermögen und gegen die wachsenden sozialen Ungerechtigkeiten?

Wir trauen uns kaum noch von einer Klassengesellschaft zu sprechen!

Wo ist unsere tägliche Empörung?

Wer wagt noch von Ausbeutung der abhängig Beschäftigten zu sprechen?

Was ist los mit uns?

Wie kommt es, dass die Menschen nicht rebellieren gegen eine Werbung, die sie manipuliert, gegen Unternehmer, die sie ausbeuten, gegen die Arbeitslosigkeit, unter der sie leiden oder die ihnen droht, gegen die Medien, die die Realitäten verfälschen?

Warum führt soviel privates Leid nicht öfter zu kollektiven Protesten?

Vor allem doch auch deshalb, weil wir zur Passivität erzogen und dadurch auf allen Ebenen unablässig entwaffnet werden. Vom Kleinkind bis zum Rentner sorgen tief verinnerlichte Anpassungsmuster und die Kapitulation angesichts des Status quo für den Fortbestand des Systems.

Die dominante Ideologie des Konsums beherrscht unsere Gesellschaft. Und da dem Zuschauer beigebracht wurde, dass die Welt zu konsumieren - und nicht etwa zu verändern - ist, werden die großen Bilder und Spektakel, die er angeboten bekommt, wie Produkte ausgewählt, verpackt und zugeordnet.

Gestützt auf ihre Vormachtstellung im Informations- und Technologie-sektor etablieren die USA mit der stillschweigenden Zustimmung der Beherrschten eine Herrschaftsform, die man als freundliche Unterdrückung oder auch als gefällige Despotie bezeichnen könnte und die vor allem auf der Kontrolle über die Kulturindustrien und unsere Vorstellungswelt beruht.

Es ist erschreckend, wie gekonnt die Herrschenden unsere Träume mit zahllosen Helden bevölkern, die als trojanische Pferde der neuen Herrschaft in unsere Hirne eindringen.

Als Herr der Symbole präsentiert sich das Kapital heute in der verführerischen Aufmachung, die sich Demagogen schon immer zugelegt haben. Mit dem Angebot endlosen Freizeitvergnügens, ständiger Ablenkungen und optischer Verlockungen pflanzen die Hypnotiseure ihre eigenen Gedanken in unsere Köpfe ein. Sie suchen uns nicht mit Gewalt zu unterwerfen, sondern mit beschwörendem Zauber, nicht mit Befehlen, sondern Mittels unserer freiwilligen Zustimmung. Sie drohen nicht mit Strafen, sondern setzen stattdessen auf unsere Vergnügungssucht.

Unsere Gegner haben längst ihre Strategie geändert. Unsere Proteste werden zur Lobby umfunktioniert. Die Globalisierer, die großen Konzerne und Unternehmen versuchen unsere Proteste zu vereinnahmen – durch Verführung und Partnerschaftsangebote!

Unsere Kritik wird von Unternehmern und Politikern oft als völlig berechtigt anerkannt. Es soll sogar Kapitalisten und Werbestrategen geben, die Proteste gegen ihre eigenen Produkte und Dienstleistungen initiieren.

Man kann das derzeit sehr gut beobachten, wie Organisationen des Finanzkapitals mit den lautstarken Protesten in Seattle und Porto Alegre umgegangen sind. Vertreter und Vertreterinnen der Protestbewegungen werden zum Gespräch gebeten, können sich an den offiziellen Debatten beteiligen und erfahren Anerkennung.

Als die Bosse der multinationalen Konzerne zuletzt in Davos um das radikalste Bekenntnis zu ihrer "sozialen Verantwortung" wetteiferten, präsentierte sich Daimler Chrysler-Chef Jürgen Schrempp als einer der rührseligsten Moralapostel. Und kurz darauf verkündete sein Konzern die Entlassung von 26.000 Beschäftigten in den USA.

Unzweifelhaft ist das Ziel des Kapitals, die Ausbreitung sozialer Kämpfe zu unterlaufen und unser Solidaritätsbewusstsein zu zerstören. Wenn wir das nicht erkennen, ist uns nicht mehr zu helfen.

Der autoritäre Kapitalismus gefährdet auch die Demokratie. Wir haben es mit Veränderungen des Stellenwerts von Grundrechten in unserer Gesellschaft zu tun. Experten sprechen von einer Lockerung der Verwurzelung der Verfassung in der Gesellschaft einschließlich der politischen Eliten. Je weiter ein solcher Prozess sich ausdehnen kann, umso begünstigender sind die Bedingungen für Entwicklungen einer Demokratieverachtung bei politischen Eliten.

Der Parteispandenskanal der CDU als Ausdruck einer Verachtung demokratisch legitimer Gesetze, Verachtung offener politischer Konkurrenz als zentralem Element repräsentativer Demokratie und das "System Kohl" als Ausdruck einer Verachtung parteiinterner Demokratie sind Zeichen dafür.

Aus diesen Erfahrungen ergeben sich fast zwangsläufig Zweifel in der Bevölkerung an den Vorzügen der Demokratie.

Nach dem 2. Weltkrieg wurde der Versuch unternommen, mit einem Konzept der sozialen Marktwirtschaft den Kapitalismus zu zähmen. Das war aber zunächst nur möglich über starke Gewerkschaften, die Sozialstaatsklausel des Grundgesetzes und neue soziale Bewegungen. Dieser Prozess ist offensichtlich zu Ende. Parteien und Regierungen unterwerfen sich den Bedingungen des Kapitals. Die Entwicklung zu rapide ansteigender Ungleichheit wird ökonomisch erzeugt und politisch legitimiert.

Die Gewerkschaften werden von den Herrschenden als Ordnungsfaktor nicht mehr gebraucht. Im Interesse der abhängig Beschäftigten und freiberuflich Tätigen jedoch sind sie vor allem zur Organisation von Widerstand wichtig.

Aber genau das geschieht nur noch sporadisch und in Einzelfällen. Ein geschlossener gewerkschaftlicher Widerstand gegen Sozialabbau und Verschlechterungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen fehlt in Deutschland, aber auch in Europa.

Gewerkschaften und Sozialdemokratie sind von der Philosophie des Neoliberalismus durchdrungen. Bis tief in die eigenen Reihen haben sich die falschen Leitbilder durchgesetzt, und – entgegen gesicherten Erkenntnissen – wird die Auffassung immer häufiger akzeptiert, dass

Lohnzurückhaltung und Verzicht auf Tarifrrechte Chancen zu einer Ausweitung der Beschäftigung eröffnen.

Die neokonservative Revolution oder Restauration zielt auf die Befreiung des Kapitals – Befreiung von sozialen Regulierungen und sozialstaatlichen Schranken.

Hinter den modernen Botschaften stecken uralte Vorstellungen der kapitalistischen Ökonomie: der Markt zwingt uns, aber letztlich dient eure Unterwerfung dem Allgemeinwohl.

Und fast täglich fordern Politiker und Unternehmerfunktionäre: wenn die Arbeitnehmer den Sozialstaat erhalten wollen, dann müssen sie ihn selbst bezahlen. Die Unternehmen sollen weitgehend freigestellt werden.

Diese Strategie ist eingebettet in ein Politikmodell, das viele von uns offensichtlich noch nicht begriffen haben.

Die für alternativlos erachtete Ausrichtung der Gesellschaft auf die Globalisierung soll nicht gegen, sondern möglichst mit den Gewerkschaften geschehen. Ansonsten würde die Gefahr bestehen, sich die Gewerkschaften zum Gegner zu machen und die beabsichtigte Politik durch Blockaden zu gefährden.

Die Berater der rot-grünen Bundesregierung empfehlen, den Konsens zwischen Kapitalinteressen und Arbeitnehmerinteressen durch soziale Pakte zu organisieren. Dies soll im Rahmen von Bündnissen versucht werden.

Zur Erinnerung:

Das Konzept der sozialen Marktwirtschaft, also der Klassenkompromiss zwischen Kapital und Arbeit im sogenannten "Modell Deutschland", beruhte auf der gleichberechtigten Anerkennung der sozialen Interessen der Lohnabhängigen gegenüber dem Ziel der Wettbewerbsfähigkeit. Deshalb wurden in Tarifverträgen, Betriebsvereinbarungen, Sozialgesetzen und staatlicher Sozial- und Beschäftigungspolitik verbindliche Standards für Einkommen und soziale Sicherheit festgeschrieben, die unabhängig von der jeweiligen Konjunktur- und Wettbewerbssituation galten. Sie sollten die Lohnabhängigen vor den sozialen Folgen der Wirtschaftskrisen schützen und ihnen Sicherheiten geben.

Das neue Politikmodell ersetzt die Gleichberechtigung der Interessen durch eine Unterordnung der Arbeit unter die Forderung nach Wettbewerbsfähigkeit und die soziale Sicherheit durch die direkte Einbeziehung der Lohnabhängigen in die Risiken der Weltmarktkonkurrenz. Kapital und Arbeit als „Wettbewerbsgemeinschaft“ sollen gemeinsam das „Marktrisiko“ tragen. Wenn die Wettbewerbserfolge ausbleiben, müssen auch die Beschäftigten zum Beispiel mit Beschäftigungsabbau und Lohnverzicht dafür bezahlen. Dies ist die Logik unserer Gegner.

Aber viele Beispiele zeigen, dass trotz gesteigener Wettbewerbsfähigkeit und steigender Gewinne Lohnverzicht gepredigt wird, weil sonst der Erfolg gefährdet sei.

Nicht die geforderten Kostensenkungs-, Flexibilisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen, sondern ihre Realisierung über ein organisiertes Konsensmodell sind das Neue.

Gewerkschaften sollen ihre bisherigen beschäftigungspolitischen Vorstellungen revidieren und sich den angebotspolitischen Vorstellungen anpassen, die durch die Regierung als Inhalte der sozialen Pakte vorgegeben werden.

Es besteht für mich überhaupt kein Zweifel: die Gewerkschaften werden die Verlierer der Bündnispolitik sein!

Aber warum sollen sich dann die Gewerkschaften an der Politik sozialer Pakte beteiligen?

Auf diese Frage haben die Theoretiker des Sozialpaktes Antworten. Die Gewerkschaften sollen erkennen, dass nur in ihrer Beteiligung für sie eine Zukunftschance besteht. Angeblich haben sie mit ihren „veralteten Positionen“ keine Erfolge mehr in der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und werden weiter an Durchsetzungs- und Kampfkraft verlieren. Die Mitgliederverluste werden als Beweis für die Erfolglosigkeit der Gewerkschaften gewertet.

Die Schwäche der Gewerkschaften wird als Voraussetzung für die Beteiligung an Bündnissen auf betrieblicher und politischer Ebene gesehen. Die Spekulation ist gerichtet auf die Befürchtung in den Gewerkschaften, bei einer Nichtbeteiligung an Sozialpakten politisch marginalisiert zu werden.

Als Entschädigung für die Bündnisbeteiligung der Gewerkschaften wird eine organisationspolitische Überlebensgarantie gegeben. Es wird suggeriert, an der Gestaltung der Gesellschaft weiterhin beteiligt zu sein.

Die Kompromissfähigkeit im Sozialpakt erfordert allerdings eine grundsätzliche Abkehr von den unmittelbaren Mitgliederinteressen. Das Organisationsinteresse steht dann im Mittelpunkt.

Die Gewerkschaften verzichten auf den notwendigen Kampf zur Durchsetzung der unmittelbaren Mitgliederinteressen, erhalten dafür aber Zugeständnisse bei ihren organisationspolitischen Interessen und Entlastungen durch die Politik der Regierung. Sollte daraus ein Konflikt mit den Mitgliedern entstehen, ist es die Aufgabe der Gewerkschaftsführung, diesen Konflikt bündnisverträglich durch eine Neudefinition der Mitgliederinteressen zu bewältigen.

Die Gewerkschaften werden nicht daran vorbeikommen, sich selbst einige Fragen vorzulegen und zu beantworten:

„Wollen wir eine Sozialstaatspolitik, in der die Verteilungsinteressen des Faktors Arbeit bereits im Ansatz dem Kapital untergeordnet sind?“

Wollen wir unsere tarif-, sozial- und beschäftigungspolitischen Forderungen gegen eine Wettbewerbspolitik eintauschen, die uns die Zustimmung zu Lohnkostensenkungen, Deregulierung der Arbeits- und Tarifverfassung und Druck auf Arbeitslose abverlangt und sie dafür mit vagen Entschädigungsversprechen zum Beispiel bei der Steuer- und Bildungspolitik abfindet?

Wollen wir ein Politikmodell, in dem die gesellschaftliche Wertschätzung der Gewerkschaftsführung an der Fähigkeit gemessen wird, in zentralen Bündnisrunden getroffene Entscheidungen erfolgreich in der eigenen Organisation durchstellen zu können?

Wollen wir unser Selbstverständnis als autonome Gegenmacht und Reformkraft, als mitgliederorientierte Vertretung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Interessen der Lohnabhängigen preisgeben, um uns bündnistauglich zu machen?“

(Hans-Jürgen Urban in einem Diskussionsbeitrag zur Zukunftsdebatte der IG Metall, Mai 2000).

Wenn Euch bei diesen Fragen ein kalter Schauer über den Rücken läuft, dann sollten wir schleunigst in unserer neuen Organisation ver.di an die Konzeptionisierung und Durchsetzung einer politischen Alternative gehen. Sonst wird in einigen Jahren auch ver.di sterben!

Wir haben verdammt lange über Strukturen, Zuständigkeiten, persönliche Karrieren und Eitelkeiten palavert: es muss endlich Schluss sein mit dem Geschwätz der Funktionäre, an dem ich mich leider oft genug beteiligen musste.

ver.di wird die aufgestauten Probleme der IG Medien nicht lösen. Aber es besteht die Chance, dass durch die Bündelung von Ressourcen, durch Politisierung unserer Arbeit, durch Professionalisierung und Spezialisierung auf den verschiedensten Gebieten bessere Voraussetzungen für die Vertretung der Interessen der abhängig Beschäftigten und der freiberuflich Tätigen geschaffen werden.

Wir dürfen uns auf dem Weg in eine neue, kraftvolle Gewerkschaft auch nicht vor Konflikten mit dem DGB, der IG Metall oder der IG Chemie scheuen.

Das traurige Schauspiel, das Gewerkschaftsvorsitzende in der Diskussion über Riesters Rentenkonzept geliefert haben, und der damit verbundene Verlust der Gewerkschaften an Glaubwürdigkeit wird uns noch lange beschäftigen.

Der Systemwechsel bei den Sozialversicherungen wurde eingeleitet.

Die paritätische Finanzierung der Rentenversicherung wird zerschlagen.

Der solidarische Ausgleich wird Profitinteressen geopfert.

Die Gewinner sind Versicherungen und Banken.

Ausgerechnet jetzt, wo Arbeitseinkommen unkalkulierbarer werden, gibt der Staat seine Garantie auf und entlässt sich aus Verantwortung und Belastung.

Wer mal eine befristete Arbeit hat, an die sich Arbeitslosigkeit bis zur nächsten befristeten Beschäftigung anschließt, der wird trotz staatlicher Hilfe große Mühe haben, verlässlich und über Jahre hinweg die zusätzlichen Beiträge zur privaten Vorsorge aufzubringen.

Die begüterten, die mittleren und oberen Schichten, werden die neuen Regeln so begreifen, wie sie von den sogenannten Reformern verkauft werden: ein Mehr an Freiheit.

Diese sogenannte Reform verlangt einen Bürger wie aus dem politischen Bilderbuch: umsichtig, verantwortungsvoll, einer, der sich schon in jungen Jahren um seine Zusatzrente kümmert. Das ist lebensfremd! Den perfekten Menschen haben schon mehrere Ideologien erfolglos zu schaffen versucht.

Ein Beispiel zur Illustration: in Deutschland sind knapp 3 Mio. Haushalte völlig überschuldet. Die Unsicherheit, welche die nunmehr staatlich verordnete Eigenversorgung in Sachen Rente mit sich bringt, wird diese Menschen wohl kaum zu einer überlegteren Finanzplanung bewegen.

Das bisherige Rentensystem war realistischer, weil es den Fehlern und Schwächen der Menschen entsprach. Die großen Lebensrisiken wurden deshalb von der Gemeinschaft übernommen. Das war sinnvoll und nicht bloß reglementierend, wie die Kritiker des Bisherigen denunziatorisch so oft behaupteten.

Mit großer Sorge sehe ich das Anwachsen des Rechtsradikalismus in Deutschland und in Europa.

Wir haben uns als IG Medien in den vergangenen Jahren immer wieder kritisch und mit Appellen an unsere Mitglieder zu der bedrohlichen Entwicklung gemeldet. Aber selbstkritisch muss ich auch feststellen: unsere Proteste sind nicht ausreichend.

Diskriminierung und Gewalt gegen Menschen anderer Herkunft, anderen Aussehens oder einer anderen Religionszugehörigkeit gehören mittlerweile zum Alltag in Deutschland.

Das können, das dürfen wir nicht hinnehmen.

Wir können nicht hinnehmen, dass sich unsere Gesellschaft von Menschenwürde und Gleichbehandlung entfernt.

Demokratie und Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, Solidarität und Menschenwürde sind die Werte, an denen wir seit jeher unser Handeln ausgerichtet haben.

Und deswegen müssen wir allen Formen von versteckter oder offener Fremdenfeindlichkeit entgegentreten – im Betrieb, in den Verwaltungen, auf der Straße, überall.

Und wir müssen denen entgegentreten, die auf Kosten von Ausländern in unserem Land Stimmung machen wollen.

VI.

Dies ist die letzte Konferenz der IG Medien in Nordrhein-Westfalen. Ein bedeutsamer Abschnitt unserer Gewerkschaftsgeschichte geht zu Ende. Manche Erinnerungen bleiben bestehen.

Die wesentlichen Dokumente werden wir wie schon in der Vergangenheit dem Archiv der Sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Verfügung stellen. Dort können sie jederzeit eingesehen und bei Bedarf kopiert werden.

Vielen aktiven Mitgliedern in den Betrieben, in den Fachgruppen und Personengruppen, in den Ortsvereinen, Bezirken und Kommissionen gehören unser Dank und unsere Anerkennung. Sie haben alle oft unzählige Male ihre Freizeit für unsere Gewerkschaft geopfert. Sie haben unter schwierigen Bedingungen manchen Erfolg ermöglicht. Aber es gab auch bittere Niederlagen.

Manch einer hat aufgegeben aus Enttäuschung und Mutlosigkeit.

Die Frage, die wir uns immer wieder stellen und beantworten müssen, lautet:

Wie entsorgen wir die Hirne vieler Mitglieder und solcher, die es werden sollten, vom Müll der Ideologien unserer Gegner?

Ich bin sicher: Wir müssen die politische Aufklärung durch zuverlässige Informationen und beispielhafte Aktionen verstärken! Und denkt dran: Auch die Ermutiger brauchen Ermutigung!

Es gibt in den Betrieben Beispiele für erfolgreichen Widerstand. Und bis in die jüngste Zeit hinein auch Beispiele für Kampffähigkeit.

Der Streik der Beschäftigten in den Kinobetrieben!

Proteste und Warnstreiks in den Verlagen von Tageszeitungen zur gelungenen Verhinderung von flexiblen Jahresarbeitszeiten.

Die Streikaktionen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk zur Durchsetzung eines Gehaltstarifvertrages!

Wir müssen uns allerdings auch selbstkritisch sehen.

Ich habe in der jüngeren Vergangenheit oft den Eindruck gehabt, dass sich – vor allem hauptamtliche – Gewerkschaftsfunktionäre selbst viel zu wichtig nehmen. Die Anzahl der Sitzungs- und Gremientermine ist nicht entscheidend! Vielmehr sollte einmal die Anzahl der konkreten, nicht nur telefonischen Mitgliederkontakte gezählt werden!

Es fehlen in unseren eigenen Reihen Ideen, Innovationen und Impulse, die Bewegung auslösen!

Wir reden oft über Projekte, aber was kommt für die Mitglieder tatsächlich dabei heraus?

Ich bin nach wie vor von meinem alten Spruch überzeugt: Wer andere anstecken will, muss selber brennen!

Aber meine Zeit in der Verantwortung als Vorsitzender unserer Gewerkschaft in Nordrhein-Westfalen geht nun zu Ende. Ich habe mir vor 21 Jahren bei meiner ersten Wahl als Nachfolger von Fritz Gent nicht annähernd vorstellen können, dass es eine so lange Zeit werden würde. Die vielen Anforderungen und Erwartungen haben diese Zeit allerdings vergleichsweise kurz erscheinen lassen.

Vielleicht halten es einige von Euch nicht für möglich: Aber ich habe mit großer Energie meine Aufgaben gerne angepackt! Ich habe den Auftrag, den Ihr mir gegeben habt, jederzeit als politischen Auftrag verstanden. Danach habe ich gehandelt und es hat mir auch Spaß gemacht!

Danken möchte ich allen Kolleginnen und Kollegen, die mir ihr Vertrauen geschenkt haben, die Geduld aufgebracht haben und die mich ermutigt haben, wenn Enttäuschungen und Niederlagen zu verkraften waren.

Um Nachsicht bitte ich bei allen, die sich über mich geärgert haben, denen ich nicht helfen konnte und denen ich widersprechen musste.

Ich weiß, dass ich wahrscheinlich in vielen Situationen unbequem, nicht ganz vorurteilsfrei oder manchmal sogar verletzend war. Es war nicht immer ganz einfach, mit einem abgewogenen Urteil für sich selbst die richtige Entscheidung zu finden.

Trotz mancher Gefährdungen habe ich meine Überzeugungen nie aufgeben wollen und ich habe mich grundsätzlich nie einbinden lassen,

weder von der SPD, noch vom DGB und schon gar nicht von Mitgliedern unseres Geschäftsführenden Hauptvorstandes.

Die Mitglieder unserer Gewerkschaft haben mich in den vergangenen drei Jahrzehnten reich beschenkt! Ohne ihr Vertrauen hätte ich in meinem Leben niemals so viel lernen können, so viele Menschen in zahlreichen Ländern kennen lernen können, hätte niemals so unendlich viele Erfahrungen sammeln können. Und schließlich habe ich mich durch die vielen Anforderungen auch selbst entwickeln können. Dafür bin ich sehr dankbar.

Ich wünsche allen Kolleginnen und Kollegen in unserer neuen Gewerkschaft viel Glück und Erfolg und eine wachsende Anzahl aktiver Mitglieder.

Selbstverständlich werde ich demnächst nicht im Park spazieren gehen oder die Vögel füttern. Wer sich ein Leben lang politisch engagiert hat, wird auch im Alter davon nicht ablassen können. Meine Solidarität und mein Engagement gehören auch in Zukunft vor allem den Schwachen, den Mutigen, den Enttäuschten, den Hungrigen und den Kämpfern, die Unterstützung, Rat und Hilfe brauchen. Der Kampf für eine bessere Welt ist unverzichtbar!